



Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 06.10.2017:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken, [dan-news](#), [lug-info](#) sowie [tass](#) und [ria.ru](#)

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

tass.ru: Das Parlament der Ukraine hat das Gesetz „Über die Schaffung von Bedingungen für eine friedliche Regelung der Situation in den einzelnen Gebieten der Donezker und Lugansker Oblaste“ angenommen, das den besonderen Status des Donbass verlängert.

Aber in dem Gesetz gibt es eine Norm, gemäß der der besondere Status erst dann in Kraft tritt, nachdem von diesen Territorien „alle ungesetzlichen militärischen Formationen und Militärtechnik sowie Kämpfer und Söldner“ abgezogen wurden. Der Gesetzentwurf in diese Form wurde von 229 Abgeordneten unterstützt, notwendig wären mindestens 226 gewesen.

Die Gültigkeitsdauer des bereits 2014 angenommenen Gesetzes über einen besonderen Status der Selbstverwaltung einzelner Gebiete des Donezker und Lugansker Oblast läuft am 18. Oktober aus. Es ist ein Schlüsseldokument für die politische Regulierung im Osten der Ukraine. Vertreter der ausgerufenen LVR und DVR haben mehrfach erklärt, dass eine Weigerung der Verlängerung eine Absage an die Realisierung der Minsker Vereinbarungen selbst bedeuten würde.

Obwohl es die formale Gültigkeit des besonderen Status auf weitere 12 Monate verlängert hat, hat Kiew dennoch in den Gesetzestext eine Einschränkung eingefügt, die im Grund sein Inkrafttreten solange verhindert, bis die vollständige Kontrolle über das Territorium erreicht ist.

Alle Verhandlungen der Kontaktgruppe zur Frage der Durchführung von örtlichen Wahlen im Donbass und der Einführung eines besonderen Status der Selbstverwaltung im Rahmen von Verfassungsreformen in der Ukraine, wie es in den Minsker Vereinbarungen verabredet ist, sowie die Vereinbarung der „normannischen Vier“ über einen Mechanismus zum Inkrafttreten des Gesetzes über einen besonderen Status nach der „Formel Steinmeier“ erweisen sich damit als für ungültig erklärt.

Mehr noch, im Text des Gesetzesentwurfs ist ein Satz eingefügt, dass eine Verlängerung des besonderen Status unter anderem auf die Schaffung von „notwendigen Bedingungen für die Stationierung einer UN-Friedensmission in den einzelnen Gebieten der Donezker und Lugansker Oblaste“ gerichtet ist.

Diese Idee hatte der Präsident der Ukraine vor kurzem wieder auf der Sitzung der UN-Generalversammlung verlautbart.

Tass.ru: Das Komitee der Obersten Rada zur Sicherheit und Verteidigung hat am Donnerstag dem Parlament empfohlen, das Gesetz über einen besonderen Status unter Berücksichtigung einer Einfügung einer Korrektur über die „Deokkupierung“ des Donbass anzunehmen.

Das Dokument wurde erneut behandelt, nachdem die vorherige Variante abgelehnt wurde und dem Präsidenten neu vorgelegt wurde unter Berücksichtigung der von Abgeordneten genannten Vorschlägen. In der Folge erfolgte in der abschließenden Variante des Gesetzesentwurf eine

Verlängerung der Gültigkeit des besonderen Status für die einzelnen Gebiete des Donezker und Lugansker Oblast um ein weiteres Jahr, erst nachdem von diesen Territorien „alle ungesetzlichen militärischen Formationen und Militärtechnik sowie Kämpfer und Söldner“ abgezogen wurden. Im Fall einer Billigung dieser Variante des Gesetzesentwurfes durch die Oberste Rada wird § 10, des noch im Jahr 2014 angenommenen Gesetzes über einen besonderen Status des Donbass, in dem das Inkrafttreten an die Durchführung von örtlichen Wahlen auf dem Territorium der Region gebunden war, verändert.

Wie der Sekretär des Komitees Iwan Winnik im Ergebnis der Komiteesitzung sagte, „von dem Gesetzesentwurf, der sehr viel Widerspruch hervorruft, bleibt nur § 10 (über die Wahlen im Donbass- Anm. TASS) und dieser nur im Teil der Maßnahmen zur Sicherheit und die Entscheidung, Wahlen vor der Befreiung der Territorien anzusetzen, ist richtig, weil in diesem Paragraphen die Rede von 2014 ist und jetzt ist 2017“.

Tass.ru: Das ukrainische Parlament hat in erster Lesung den Gesetzesentwurf „Über Besonderheiten der staatlichen Politik zur Gewährleistung der staatlichen Souveränität der Ukraine über die zeitweilig besetzten Territorien des Donezker und Lugansker Oblast“ gebilligt. Für diese Entscheidung stimmen 233 Abgeordnete, 226 wären notwendig gewesen.

Das Dokument war in der Obersten Rada durch den Präsidenten des Landes Pjotr Poroschenko eingebracht worden. In ihm werden unter anderem die nicht von Kiew kontrollierten Gebiete des Donbass „zeitweise besetzte Territorien“ genannt, die Handlungen Russlands werden als „Aggression gegen die Ukraine“ bezeichnet und der Präsident erhält das Recht die Streitkräfte zur Befreiung der Territorien im Osten des Landes einzusetzen. Es wurde auch eine Korrektur eingefügt, die den Bezug auf die Minsker Vereinbarungen aus dem Text streicht.

Dan-news.info: Kommentar von Denis Puschilin über die Verlängerung des besonderen Status des Donbass durch Kiew

Die Verlängerung des Gesetzes über einen besonderen Status haben die Republiken und Russland erreicht. Und die heutige Entscheidung der Obersten Rada der Ukraine trotz des gesamten Widerstands der Radikalen und der Ablehnung des besonderen Status für den Donbass durch das offizielle Kiew zeugt von der bestimmenden Rolle der RF beim Schicksal unserer Region, beim Schicksal der Ukraine.

Ja, wie auch zuvor, bleibt das Gesetz vom Gesichtspunkt seiner Übereinstimmung mit dem Maßnahmenkomplex fehlerhaft, aber die Ukraine war gezwungen, die Gültigkeit dieses Gesetzes über einen besonderen Status zu verlängern, weil Russland, Deutschland und die USA darauf bestanden haben. Das Schicksal der Ukraine wird wieder von außen entschieden.

Der Leiter der Delegation der DVR bei den Minsker Vereinbarungen, der Vorsitzende des Volkssowjets Denis Puschilin.

Dan-news.info: Kommentar der Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa über die Verlängerung des Gesetzes über den besonderen Status durch Kiew

Die Annahme des Gesetzesentwurfes über eine friedliche Regelung der Situation im Donbass durch die Oberste Rada der Ukraine ist ein erzwungener Schritt für Kiew, der unter Druck der Weltöffentlichkeit und der Garanten der Minsker Vereinbarungen erfolgt ist. Obwohl im Grund der genannte Gesetzesentwurf ein weiterer Versuch der Imitation der Erfüllung der Vereinbarungen ist. Ein besonderer Status sollte bereits im Jahr 2014 entsprechend dem Protokoll im Ergebnis der Konsultationen der dreiseitigen Kontaktgruppe gelten. Aber dieses Gesetz war seit dem Tag seiner Annahme keinen einzigen Tag in Kraft. Selbst nach der Unterzeichnung des Maßnahmenkomplexes im Februar 2015, der eine feste Frist für das Inkrafttreten des Gesetzes festlegte, hat Kiew wieder einseitig entgegen den unterzeichneten Dokumenten Änderungen eingefügt, die alle wesentlichen Paragraphen dieses Gesetzes blockiert haben.

Und heute enthält eine Korrektur, die in den Gesetzesentwurf über eine friedliche Regelung auf Verlangen des Fachkomitees der Obersten Rada eingefügt wurde, einen Bezug auf genau diese zuvor eingefügten Veränderungen über Vorbedingungen bezüglich des Abzugs ausländischer Söldner vom Konfliktterritorium.

Dabei ist die Ukraine selbst nicht in der Lage, die Bedingungen bezüglich des Abzugs ausländischer Söldner sowie der ungesetzlichen militärischen Formationen zu erfüllen, weil die nationalistischen Freiwilligenbataillone der Ukraine ebensolche sind und selbstverständlich abgezogen werden müssen. Unter den Bedingungen, dass der Donbass tatsächlich dringend eine langfristige politische Lösung benötigt, zieht es die Ukraine vor, sich mit Profanisierungen zu befassen, ohne sich auch nur um einen Schritt an reale Bewegungen anzunähern. Da es nicht mehr in der Lage war, sich dem Druck der gesamten Weltgemeinschaft zu widersetzen, hat Kiew die formale Regelung über einen besonderen Status verlängert, aber das Parlament hat im Grunde wieder für die gleichen Normen gestimmt, die sein Wesen blockieren wie vor drei Jahren. Ohne überhaupt versucht zu haben, mit den Republiken ein reales Inkrafttreten des besonderen Status abzustimmen und indem sie eine Vorbedingung für seine Gültigkeit behauptet haben, die nicht im Maßnahmenkomplex zu finden ist, haben die Parlamentarier ihren Unwillen auf den Weg der Wiederherstellung des Friedens im Donbass, der nur unter den Bedingungen von Vertrauen der Seiten und ständigen gegenseitigen Erörterungen und Abstimmungen möglich ist, zu gehen festgeschrieben.